Pfund's Condensirte Milch
Beste Kindernahrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Curt Heinsius Kgl. Hofl.
Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse. Fernspr.-A. II. 2100.
Mehrjährige Garantie.
Mal prämiirt, 80 000 Stück in Function.
Kostenfreie Probe.
Geräuschlose Thürschliesser.
Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Closets & Badeartikel
in grösster Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Königl. Sächs. Hoflieferant
DRESDEN-A. Marienstr. 11,
gegenüber 3 Raben,
Fabrik: Fischhofplatz.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich mein grosses Lager elegant garnirter Damenhüte jeden Genres zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Gummischuh-Reparatur!
für Händler! ● Für Reparateure!
Gummisohlen Schleenplatten Ia. Para-Lösung
roth u. schwarz glatt u. gerippt Ia. Fleckplatten
complet zusammengestellt, auch einzeln mit Gebrauchs-Anweisung billigst bei
Reinhardt Leupolt, Gummi-Fabrik, Dresden-A.

Tuchwaaren.
Grösste Auswahl von Neuheiten in Winter-Paletot-, Anzug- u. Hosenstoffen, beste deutsche u. englische Fabrikate, empfehlen zu billigsten Preisen
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, part. und I. Et.

Lodenjoppen, Lodenmäntel, Hüte, Lederjoppen, Rucksäcke, Jagdtaschen
empfiehlt als praktische Weihnachtsgeschenke Jos. Fiechtl aus Tirol, 23 Schlossstrasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 346. Spiegel: Reichsfinanzen. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Wohlthätigkeitsbazare. Armeeveränderungen. Weihnachtsschau. Verjährungen. Nahrungsmittelrücksichauen. | Muthmaßliche Witterung: Aufklarend, Frost. | Dienstag, 14. Dezember 1897.

Politisches.

Die Generaldebatte des Etats im Reichstage ist durch die Vorwegnahme der Berathung über das Flottengesetz von dem ganzen Ballast befreit worden, mit dem sonst die Redner aller Parteien, ganz besonders aber die Inhaber eines radikalen Mundwerks, sie zu beschweren und dadurch Vernunft zum Unsinn, Wohlthat zur Plage zu machen pflegten. Eine sachliche Etatsdebatte, die kaum das Hundertste berührt, geschweige denn mit dem Tausendsten sich befaßt, bei der die Redner gleich von Anbeginn in die Mitte der Dinge hineinspringen und genau die Gegenstände behandeln, auf die es ankommt: das ist eine so ungewohnte Erscheinung in unserem parlamentarischen Leben, daß man den Wunsch nicht unterdrücken kann, die Regierung möchte doch für alle Fälle ein ähnlich probates Ablenkungsmittel wie die Flottenvorlage (kosten dürfte es allerdings nichts!) in jeder Session bereithalten, um die Etatsdebatte zur Ableitung der überflüssigen Redeflut zu kanalisiren.

Aus dem finanziellen Gruppenbilde, das der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Freiherr v. Thielmann, mit knappen Strichen entwarf, hebt sich als allgemeines Kriterium die erfreuliche Feststellung heraus, daß die mit dem Jahre 1895 in's Leben getretene günstige Entwickelung der Reichsfinanzen vorläufig noch keinen Abschluß erkennen läßt, sondern zu der Hoffnung einer weiteren Steigerung der Einnahmen auf Grund dauernder Besserung der wirthschaftlichen Lage berechtigt. Drei Umstände sind es vornehmlich, die von der augenblicklichen Kräftigung der finanziellen Grundlagen des Reichsorganismus Zeugniß ablegen: einmal ist im Etat für 1898 die Rate der großen Ausgabe für die Neuausrüstung der Artillerie, deren vorjähriger Betrag durch Anleihe gedeckt werden mußte, auf den ordentlichen Etat übernommen worden; zweitens sind seit zwei Jahren Schatzanweisungen (die unverzinsliche Reichsschuld in Form der Reichskassenscheine beträgt 120 Mill. Mark) nicht ausgegeben worden und drittens stehen der Reichsfinanzverwaltung noch unbegebene Anleihekredite in Höhe von 122 Millionen zur Verfügung. Als weiteres an sich (d. h. wenn man von der Einwirkung auf die einzelstaatlichen Finanzen absieht) günstiges Moment kommen die Fortschritte hinzu, die mit der Schuldentilgung im Reiche gemacht worden sind. Eine Verwendung von 50 Millionen zu dem gedachten Zwecke ist aus den Ueberschüssen des Finanzjahres 1896/97 erfolgt und 40 Millionen beträgt die schätzungsmäßige Summe, die für das laufende Jahr zur Verminderung der rund 2 Milliarden betragenden Reichsschuld bereit steht.

Soweit ist die Beleuchtung, in der die Reichsfinanzen sich zur Zeit präsentiren, entschieden günstig zu nennen. Indeß, wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten, und es wäre grundverkehrt, wenn man aus Freude über die helle Abtönung des Gesammtbildes durch den Staatssekretär des Reichsschatzamts die Augen gegen die Schattenwirkung gewaltsam verschließen wollte. Im Interesse der einzelstaatlichen Finanzen ist es durchaus geboten, daß die kritischen Augen hübsch offen gehalten werden. Dazu bietet vor allen Dingen die jetzt beliebte Art der Schuldentilgung im Reiche sowie die eigenthümliche Stellungnahme Anlaß, deren sich das Centrum gegenüber der mit immer größerem Recht als wahrhaft verhängnißvoll zu bezeichnenden Einrichtung der Matrikularumlagen befleißigt.

Die Schuldentilgung im Reiche in ihrer jetzigen Gestalt ist eine Spezialität der ultramontanen Finanzkunst à la Lieber-Fritzen. Jedes Jahr (seit 1896) wird ein besonderer Gesetzentwurf über diesen Gegenstand eingebracht, der jedes Mal einen anderen Vertheilungsmodus enthält, in dessen tiefste Geheimnisse einzudringen eigentlich nur Dem möglich ist, der eine Zeit lang als Hilfsarbeiter im Reichsschatzamt thätig gewesen ist. In den Jahren 1896 und 1897 stellte das Centrum entsprechende Anträge im Reichstage, dieses Mal hat jedoch die Regierung — um sich dem Centrum gefällig zu erweisen? — selbst die Initiative ergriffen durch Vorlegung eines „Gesetzentwurfs zur Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Rechnungsjahr 1896". Darnach sind, wenn im Rechnungsjahre 1898 die den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungen die aufzubringenden Matrikularbeiträge übersteigen, drei Viertheile des Ueberschusses an den den Bundesstaaten aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer zu überweisenden Beträgen zu kürzen und zur Verminderung der Reichsschuld zurückzubehalten. Wird dieser Gesetzentwurf, wie wahrscheinlich ist, angenommen, so werden die Einzelstaaten von dem für 1898 auf 87 Millionen geschätzten Ueberschuß der Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge nicht viel mehr als einen sogenannten „Kostehappen" zu sehen bekommen. Für das laufende Finanzjahr wird die Summe, um die voraussichtlich die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge übersteigen dürften, auf 53 Mill. geschätzt. Hiervon sind 40 Millionen behufs Schuldentilgung im Reiche zurückzubehalten, so daß nur 13 Millionen den Einzelstaaten verbleiben würden. Unter diesen Umständen werden die einzelstaatlichen Ressortminister dem Reichsschatzsekretär seufzend zustimmen, wenn er meint, daß die Einzelstaaten an den ihnen jetzt zufließenden Mehrüberweisungen „keine reine Freude" haben dürften, wenn sie an die Zukunft dächten. Für Preußen liegen die Verhältnisse noch am günstigsten. Die dort in ihren Wirkungen jetzt voll zur Geltung kommende Miquel'sche Steuerreform liefert alljährliche Ueberschüsse. In den übrigen Bundesstaaten dagegen ist auf ein besonders reichliches Quellen des finanziellen Segens zur Zeit nicht zu rechnen und die Verminderung der Ueberweisungen auf Grund der Schuldentilgung im Reiche wird daher außerhalb Preußens schon jetzt allgemein als eine schwere Sorge empfunden, der von sächsischer Seite Se. Excellenz der Herr Finanzminister v. Watzdorf in der Zweiten Kammer bei der Etatsberathung unverhüllten Ausdruck gegeben hat.

Was soll vollends werden, wenn die Matrikularbeiträge nicht nur nicht in absehbarer Zeit zur Abschaffung gelangen, sondern wenn sie nach den Wünschen der Centrumspolitiker noch einen weiteren Ausbau erfahren? Schon bei der Besprechung der Flottendebatte ist an dieser Stelle auf die Bedenklichkeit einer Aeußerung des Abg. Dr. Lieber in dem Sinne, daß mit dem Centrum bezüglich einer Erhöhung der indirekten Steuern kein Geschäft mehr zu machen sei, hingewiesen worden. Inzwischen hat der Centrums-Miquel Dr. Fritzen denselben Faden weiter gesponnen und bei der Etatsrede mehrfach sehr nachdrücklich erklärt, daß seine Partei „unter keinen Umständen", sei es auf eine Vermehrung, sei es auf eine Erhöhung der indirekten Steuern, eingehen, sondern für den Fall der unausweichlichen Nothwendigkeit neuer Reichseinnahmen nur für eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu haben sein werde. Damit taucht also das Schreckgespenst einer Erhöhung der direkten Steuern in den Einzelstaaten am finanzpolitischen Horizont auf.

Die Bedrohlichkeit der so geschaffenen Lage wird von den „Hamb. Nachr." mit scharfem Verständniß gewürdigt. Der fragliche, „Flotte und Steuern" überschriebene Artikel ist als eine Mobilmachung gegen die direkten Steuerpläne des Centrums von symptomatischer Bedeutung. Er erklärt es „geradezu für die Pflicht der Regierung", in den demnächstigen Kommissionsverhandlungen gegenüber der Centrumstheorie von der „Unerschwinglichkeit höherer indirekter Steuern" vor Allem auf „die noch sehr große Entwickelungsfähigkeit der Biersteuer" hinzuweisen. Des Weiteren wird auf den Spielraum, den die Steuerkraft der Raucher noch frei läßt, aufmerksam gemacht und zum Schlusse heißt es: „Mögen die Regierungen mit gutem Gewissen die Hoffnung aussprechen, daß der gegenwärtige Flottenhauptplan ohne Inanspruchnahme neuer Steuern durchgeführt werden könne. Verlangt man aber darüber hinaus von ihnen den in Rede stehenden Verzicht auf indirekte Steuern), dann ist die einzig richtige Antwort darauf, daß im Nothfalle aus einer ausgiebigeren Besteuerung des Bieres und des Tabaks alle Bedürfnisse ohne drückende Belastung des Volkes befriedigt werden können."

Nach den vorliegenden Sturmzeichen zu urtheilen, dürften wir uns in beschleunigtem Tempo dem Augenblick nähern, wo die grundsätzliche Streitfrage: „Direkte oder indirekte Steuern für die Bedürfnisse des Reiches?", die bisher bei den verschiedenen vergeblichen Anläufen zur Schaffung einer Reichsfinanzreform die treibende Kraft bildete, zum entscheidenden Austrag gebracht werden muß, so oder so. Wie man in einem Theile der maßgebenden sächsischen Kreise über direkte und indirekte Besteuerung überhaupt denkt, zeigt folgende in der Sitzung der Ersten Kammer vom 20. Dezember 1893 gethane Aeußerung des Geheimen Kommerzienraths Thieme, an die in diesem Zusammenhang zeitgemäß erinnert sein mag: „Wir stehen mit dem Ausbau der direkten Steuern in einem Widerspruch gegen andere Kulturvölker. Wenn ich daran denke, daß schon vor 300 Jahren Sully in dem damals politisch geeinigten Frankreich die erste Bahn einer richtigen Finanzpolitik betrat, wenn ich daran denke, daß dessen indirektes System durch Colbert in einer Weise ausgebaut wurde, daß Frankreich — wenigstens bis in die Nähe der Revolution — das finanziell ausgiebigste Land des Kontinents war, so muß ich eine gewisse Vernachlässigung der indirekten Steuern bei uns bedauern. Ich schäme mich nicht, entgegen der Zeitströmung ein weißer Rabe zu bleiben und mich als ein Anhänger guter indirekter Steuern, die die nothwendigen Lebensbedürfnisse nicht belasten, zu erkennen zu geben." Aehnlich sprach sich in derselben Sitzung der inzwischen verewigte Rittergutsbesitzer Veltz aus und die wiederholten Ausführungen der Herren v. Frege in der Ersten, Dr. Mehnert u. A. in der Zweiten Kammer lassen wenigstens darüber keinen Zweifel, daß die nationalen Kreise Sachsens über die Nothwendigkeit, das Reich finanziell durch indirekte Steuern auf eigene Füße zu stellen, einig sind, wenn auch über die Verwendung des indirekten Steuermodus in der einzelstaatlichen Finanzwirthschaft die Meinungen getheilt sein mögen. Wie dem auch sei, das Eine leidet jedenfalls keinen Zweifel, daß eine Erhöhung der Matrikularbeiträge das sicherste Mittel wäre, um die Chancen aller derjenigen Parteien, die auf die Unzufriedenheit spekuliren, zum Steigen zu bringen. Sollte darin vielleicht die übereifrige Energie, die das Centrum zu Gunsten der Matrikularbeiträge entwickelt, ihren psychologischen Schlüssel finden? Wer weiß! Um so mehr Grund liegt für die nationalen Parteien vor, rechtzeitig der ultramontanen Finanzpolitik ein Parolt zu biegen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Dezember.

* Prag. Am 9. Dezember wurde während der Abendvorstellung im Königl. Deutschen Landestheater gegen Schluß des dritten Aktes von Sicherheitsorganen an der der Universität gegenüberliegenden Ausgang thür eine aus einer Blechdüchse bestehende Bombe gefunden, die an der Thürklinke befestigt war. Am Boden befand sich eine schmale, circa einen Centimeter lange Blechhülle, durch welche die Lunte geführt war; letztere brannte zur Zeit der Auffindung und wurde von den Sicherheitsorganen ausgelöscht. Nach Aussage Sachverständiger war die Bombe geeignet, im Explosionsfalle einen bedeutenden Schaden herbeizuführen. Dem zahlreichen Theaterpublikum war der Vorfall nicht zur Kenntniß gekommen. Die strengsten Bewachungsmaßnahmen sind in beiden deutschen Theatern eingeführt worden und es scheint hierdurch einer Wiederholung ähnlicher Vorfälle vorgebeugt zu sein.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Lesung des Etats wird fortgesetzt. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Abg. Bebel irrt, wenn er meint, daß die Arbeiter durch unsere bisherige indirekte Steuerpflicht elitten haben, denn diese Pflicht hat den Arbeitern höhere Löhne gebracht; er irrt auch, wenn er behauptet, daß nur die besitzenden Klassen Vortheile von dem Staate hätten. Wenn dem so wäre, dann müßten allerdings die Arbeiter wie von der Steuerpflicht, so auch von der allgemeinen Wehrpflicht befreit werden, dann freilich auch von dem allgemeinen Wahlrecht. An eine Durchbrechung der Zweckmäßigkeit ist nicht zu denken; aber die Klagen der Landwirthe über den Weggang der Arbeiter vom Lande sind berechtigt. Und wenn man den Landwirthen immer sagt, sahlt nur bessere Löhne, so geht das doch nur, wenn die Landwirthschaft besser rentirt. Herr Richter hat mich neulich einen Hochschutzzöllner genannt, aber man kann uns doch keinen Vorwurf machen, wenn wir uns auf die neuen Handelsverträge vorbereiten. Wir wollen nur dafür sorgen, daß die Handelsverträge für uns so gut wie möglich ausfallen und daß nicht einzelne Erwerbszweige zum Vortheil Anderer geschädigt werden. Herr Bebel sagte, für Kulturzwecke würde nichts ausgegeben, aber der neue preußische Etats fordert 135 Millionen Mark für Schulzwecke und im nächsten Monat wird dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zum Ausgleich der Ueberschwemmungsschäden zugehen. Mit seiner sozialen Versicherungsgesetzgebung hat Deutschland so viel für die Arbeiter gethan, wie noch kein anderes Land. Seit Bestehen dieser Gesetzgebung haben die Arbeitgeber bereits eine Milliarde Mark für diesen Zweck ausgegeben. Täglich beträgt die Ausgabe hierfür eine Million Mark. (Hört, hört!) Die Maßregeln auf sozialpolitischem Gebiete haben eine Grenze. Wir können nicht alle Erwerbszweige durch Arbeiterschutzvorschriften polizeilich reglementiren; es müssen nur die bestehenden Verordnungen ausgeführt werden. Ich selbst wünsche daher auch, daß die Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten in den Einzelstaaten in noch größerem Umfange erfolge. Die Sozialdemokraten fangen übrigens schon an, von ihren Fantasien zurückzukommen. Hat doch Abg. Bebel selbst gesagt: Ohne Profit wächst kein Schornstein. (Heiterkeit.) Herr Bebel erhob Klage darüber, daß vom Reichsversicherungsamte die Hülle'schen Schriften empfohlen worden seien. Aber wenn auch in diesen mancher Fehler vorkommt, so stehen sie doch auf sittlichem und auf monarchischem Boden. Die Schweineeinfuhrverbote werden nicht abgeschwächt werden, so lange noch eine Spur von Seucheneinschleppungsgefahr besteht. Der Staatssekretär wiederholte zum Schluß nochmals, die Regierungen würden sich nicht bewegen lassen durch polizeiliches Reglementiren aller Erwerbszweige einen sozialistisch-polizeilichen Staat zu schaffen. — Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenthal weist die vorgestrigen Angriffe Bebels gegen die Sächsische Regierung zurück. Er spricht dabei den Dank Sachsens aus für die zielbewußte Hilfsaktion zu Gunsten der dortigen Ueberschwemmten, namentlich danke er auch der Stadt Berlin für die von derselben gespendete Hilfe. (Abg. Singer: Auf unseren Antrag! — Große Heiterkeit.) Sie sehen daraus, Herr Singer, daß wir das Gute annehmen, wenn es auch von Ihnen kommt; leider geben Sie uns zu wenig Gelegenheit dazu. (Heiterkeit.) Die Sächs. Regierung hat in der Vorlage, betr. die Aufhebung des Verbindungsverbots, ihre Schuldigkeit gethan. Wenn in der Sächs. Kammer erschwerende Bedingungen daran geknüpft würden, so bedauere er das, könne es aber nicht ändern. — Abg. v. Dzembowski: (Pole) beschwert sich über die Behandlung der Polen seitens der preußischen Regierung, weiter über die Rentengutsgesetzgebung, die Jakatisten-Vereine und die Marienwerder'sche Gerichtssprachenverfügung, ferner über die Verfügung, die Anwendung der polnischen Sprache in den Versammlungen zu verhindern, das Verbot des Spielens polnischer Melodien seitens der Militärkapellen und über die Zwangsversetzung eines Oberlehrers, der sich bei der Landtagsersatzwahl in Dirschau der Stimmabgabe enthalten habe. — Minister Brefeld antwortet auf diese Anschuldigungen: Bebels gegen die Bergbehörden im Saarrevier. Nach den letzten dortigen Streiks seien 40 Arbeiter nicht wieder eingestellt worden, welche sich bei den vorgekommenen Störungen und Unruhen ganz besonders hervorgethan hatten. Das ist durchaus zu billigen. Was für eine wirthschaftliche Desorganisation auf allen den Gebieten, die der Kohlen und des Eisens bedürfen, würde sonst eintreten? Redner tritt ferner den von sozialdemokratischer Seite gegen die preußische Bergverwaltung ausgesprochenen Vorwürfen wegen zu lässiger Beaufsichtigung der Sicherheitsmaßregeln entschieden entgegen. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Zwangsversetzung des Oberlehrers Fricke, weil er nicht einem Freunde der letzten Vereinsgesetzvorlage seine Stimme geben wollte, ist eine schwere Beeinträchtigung des Wahlrechts. Der Hülle'sche Verlag ist ein Theil der offiziösen Preßwirthschaft, und den sollen die Berufsgenossenschaften gleichsam als Reptilienfonds unterstützen. Der Herr Staatssekretär will von einer Stärkung des Koalitionsrechts der Arbeiter nichts wissen. Ja, sollen denn die Arbeiter nur auf Staatshilfe angewiesen sein. Wer den Polizeistaat nicht will, der muß die Selbsthilfe zulassen und dazu gehört auch der Streik. Was die Aufgaben für Kulturzwecke anlangt, so sind noch zahlreiche Schulden zu tilgen und der Justizminister muß selbst für solche Reformaufgaben, wie Neuanstellungen ꝛc. dem Finanzminister abhandeln, während im Eisenbahnbetriebe vielfach auf Kosten der Sicherheit gespart wird. Um in Haiti unsere Forderungen mit Macht durchzusetzen, haben die vorhandenen Schiffe thatsächlich ausgereicht. Was in China geschieht, können wir hier gar nicht wissen, wir müssen uns also unser Urtheil vorbehalten, bis nähere Erklärungen gegeben werden. Herr v. Leipziger sprach auch wieder von Doppelwährung; nachdem sogar ihr Freund Balfour sie im Stich gelassen hat, sollte man sich doch lieber ganz ruhig in die Büsche schlagen. Wie steht es denn eigentlich mit der Wiederanknüpfung des Handelsvertrags mit England? England hat sich bereit erklärt und es wäre doch Zeit, daß wir unseren Verkehr mit England wieder aufnehmen. Besser als eine Zolltarifauskunftsstelle wäre eine richterliche Instanz zur Entscheidung von Zollstreitsachen. Weiter bemängelte Redner das Posadowsky'sche Zuckersteuergesetz und die Idee des Reichseisenbahnbaues in Südwest-Afrika. Was soll denn die Eisenbahn in einem Gebiete, wo kein Holz, kein Wasser und auch sonst nichts ist. Im Bereiche der Postverwaltung sind eine ganze Reihe von Reformen schon spruchreif, und die Möglichkeit einiger Einbußen dürfte kein Hinderniß zu ihrer Einführung sein in einem Augenblick, wo man uns so kolossale Summen für die Marine abfordert. Die geplante Erweiterung des Postregals auf Kosten der bestehenden Privatgesellschaften ist zum Nachtheil des Publikums eine Ironie auf den Ausspruch, daß wir im Zeichen des Verkehrs leben. Ebenso zu verwerfen ist die Erhöhung der Repräsentationsgelder des Reichskanzlers. Die Zusage einer möglichst sparsamen und klaren Verwaltung seitens des Staatssekretärs ist dankenswerth. Bis jetzt hat jeder neue Staatssekretär neue Unklarheiten in die Verwaltung und in die Etatsaufstellung hineingebracht. (Heiterkeit.) Was die günstige Finanzlage betreffe, so gereiche es ihm zur Genugthuung, daß Herr Fritzen die günstige Ansicht des Schatzsekretärs nicht

Triumph-Seife
ist doch die beste für Wäsche und Haushalt